

## Pressemeldung

### **Ernährungspolitische Fragen zur Kommunalwahl 2021 - Antworten der Parteien zu den Wahlprüfsteinen des Ernährungsrates Frankfurt**

05. März 2021, Frankfurt am Main. Im Vorfeld der Kommunalwahl hat der Ernährungsrat Frankfurt neun Fragen an im Stadtparlament vertretene Parteien verschickt – die Wahlprüfsteine 2021. Die angefragten Parteien CDU, BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, FDP und die bisher nicht im Stadtparlament vertretene Partei, SOZIALLIBERALE antworteten bisher darauf.

Die vollständigen Antworten der Parteien finden sich ohne Abstriche auf der Internetseite des Ernährungsrates unter:

<https://ernaehrungsrat-frankfurt.de/antworten-der-parteien-auf-die-wahlpruefsteine-des-ernaehrungsrates-zu-r-kommunalwahl-2021/>

Insgesamt kann man sagen, dass sich die angesprochenen Parteien umfassend mit den Fragen befasst haben und der Ernährungsrat das Gefühl hat, zufrieden in die Zukunft blicken zu können. Nachfolgend einige der Antworten im Zusammenschnitt.

#### **Regionale Wertschöpfungsketten für Lebensmittel**

Mit einer Ausnahme sprechen sich alle Parteien für eine Stärkung der Landwirtschaft in der Stadt und im Umland aus. Darin, wie die regionalen Wertschöpfungsketten für Lebensmittel im Einzelnen gestärkt werden sollten, unterscheiden sich die Angaben jedoch. Besonders interessant, dass auch neue Projektideen, wie beispielsweise ein „regionaler Schlachthof“ durch einzelne Parteien gefordert werden. Auch das „House of Food“ nennen einige als geeignetes Konzept zur Stärkung der Verbindung zwischen Erzeugung und Verbrauch. Kooperationsmodelle wie die Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi) und vor allem die Umstellung auf den ökologischen Landbau sollen gefördert werden.

#### **Städtische Schul- und Kitaverpflegung**

Auf die Frage wie die Verpflegung in Kitas und Schulen in fünf Jahren ausgestaltet sein sollte, haben alle Parteien geantwortet, dass eine gesunde Ernährung der Kinder im Vordergrund steht und dass der Anteil regional produzierter Erzeugnisse steigen sollte.

#### **Abfallvermeidung**

Die Verwendung von Einwegverpackungen hat die EU bereits untersagt. Der Ernährungsrat fragte die Parteien, welche Maßnahmen sie zur Müllvermeidung darüber hinaus anstreben. Die ausführlichste Antwort kommt von DIE LINKE. Konsequenter soll ein Kreislaufkonzept umgesetzt werden, das mit einer umfassenden Berichtspflicht für die FES einhergehen würde. Die CDU setzt auf eine Einführung der Kreislaufwirtschaft mit der FES, dies vor allem durch eine weiter verbesserte Mülltrennung. Auch Pfandsysteme wie der „Mainbecher“ und die Unterstützung von Unverpackt-Läden und Repair-Cafés werden genannt. Die GRÜNEN wollen ihre aktuellen Maßnahmen fortsetzen, aber auch weitere Veränderungen einführen.

Während die CDU eine Steuer auf Plastikbescher einführen möchte, wollen Die GRÜNEN künftig sämtliches Plastikgeschirr besteuern.

### **Erarbeitung einer kommunalen Ernährungsstrategie**

Die GRÜNEN „wollen eine institutionelle Förderung für den Ernährungsrat ebenso wie eine Förderung seiner Projekte und wollen in Zusammenarbeit mit dem Ernährungsrat eine kommunale Ernährungsstrategie entwickeln. Auch die CDU und DIE LINKE halten eine städtische Ernährungsstrategie für sinnvoll.

### **Umgang mit städtischen landwirtschaftlichen Nutzflächen**

Da auch die Stadt Frankfurt Eigentümerin landwirtschaftlicher Nutzflächen ist, wollte der Ernährungsrat erfahren, ob die Parteien planen, den ökologisch bewirtschafteten Anteil an städtischen Landwirtschaftsflächen zu erhöhen. Die teils sehr ausführlichen Antworten hierauf finden sich wieder auf der Website.

### **Bio-Anteil auf Wochenmärkten**

Hinsichtlich der Gegebenheiten auf den Wochenmärkten in Frankfurt denkt die CDU über eine Änderung der Marktordnung nach. Die GRÜNEN gehen davon aus, dass sich das Angebot stärker zugunsten lokal und ökologisch erzeugter Waren verschieben wird, wenn andere Maßnahmen wie die Streuobst-Strategie, die Projekte in Kooperation mit dem Ernährungsrat, und eine verstärkte Nachfrage nach Öko-Lebensmittel durch die städtische Außerhausverpflegung greifen. An dieser Stelle setzt auch die FDP mit ihrer Überlegung zur Ernährungsstrategie an, „denn glaubwürdig kann die Politik oder Verwaltung nur dann sein, wenn sie selbst die geforderten hohen Maßstäbe an sich selbst bei der Beschaffung ansetzt“.

### **Ein „House of Food“ für Frankfurt**

Die Einrichtung eines ‚House of Food‘ wird von den GRÜNEN unterstützt. „Dort sollen u.a. Schulungen zur gesunden, regionalen sowie nachhaltigen und ökologischen Ernährung und Lebensmittelverarbeitung für Köch\*innen und andere, die an der Gemeinschaftsverpflegung mitwirken, angeboten werden. Im Grundsatz unterstützt auch die CDU das „House of Food“, ist aber noch kritisch, wie das Vorhaben konkret gefördert werden kann. Ginge es nach den Sozialliberalen, dann sollte die Stadt Trägerin eines solchen „House of Food“ sein, das im Übrigen auch DIE LINKE unterstützt. Die FDP sieht vor allem Förderprojekte für die beteiligten Initiativen und Unternehmen, die an der Umsetzung eines solchen Konzeptes arbeiten.

### **Förderung von Urban Gardening**

„Generell sind Urban Gardening und Gemeinschaftsgärten gute und sinnvolle Projekte. Die Stadt sollte bei der Flächensuche behilflich sein, fachliche Unterstützung geben und bei Genehmigungen konstruktiv sein.“ So die Haltung der CDU. Für die FDP stehen der Umweltschutz und der Zugang zu diesbezüglichen Informationen im Vordergrund. Die Homepage und die Beratungsangebote für die Bürger lassen sich diesbezüglich verbessern. Sie wollen ein Umweltinformationszentrum (UIZ) etablieren, das vielfältige Aufgaben rund um die Information und Beratung übernimmt. Auch die GRÜNEN möchten Gemeinschaftsgärten und Urban Gardening unterstützen.

Pressekontakt:

Joerg Weber, Holzhausenstr. 22, 60322 Frankfurt, Mobil: 0172 – 652 89 86

Mail: [j.weber@bionales.de](mailto:j.weber@bionales.de)